



Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.,  
Leiter der Abteilung Klimapolitik  
am DIW Berlin

## FÜNF FRAGEN AN KARSTEN NEUHOFF

# »Die Einbeziehung des Konsums emissionsintensiver Grundstoffe in den Emissionshandel wäre möglich«

1. Herr Neuhoff, bei der Produktion von Grundstoffen wie zum Beispiel Stahl, Zement oder Aluminium wird besonders viel CO<sub>2</sub> frei. Warum gibt es für die im Rahmen des Europäischen Emissionshandels (EU ETS) entstehenden Mehrkosten Sonderregelungen, und wie sehen diese aus? Hersteller von Stahl, Zement oder Aluminium produzieren ein weltweit handelbares Produkt. Deswegen können sie die Mehrkosten, die bei der Produktion in Europa entstehen, nicht im vollen Maße an den Produktpreis weitergeben. Es wird kontrovers diskutiert, welchen Anteil dieser Mehrkosten sie weitergeben können. Wenn sie vollständig weitergegeben werden könnten, wie manche NGOs sagen, dann bräuchten wir keine Sonderregelungen. Wenn, wie Industrievertreter argumentieren, keine Mehrkosten weitergegeben werden können, dann müssen diese Mehrkosten anderweitig aufgefangen werden, um Produktionsverlagerungen zu verhindern. Aktuell bekommen die Hersteller dieser Grundstoffe CO<sub>2</sub>-Zertifikate umsonst zugeteilt.
2. Also bestehen für diese Hersteller keine ökonomischen Anreize für klimafreundliche Innovationen? In der Tat ist ein Großteil der Anreize stark reduziert. Viele CO<sub>2</sub>-Minderungen könnten durch eine effizientere Nutzung von emissionsintensiven Grundstoffen oder die Verwendung von alternativen Stoffen erreicht werden, aber wenn das Preissignal nicht weitergegeben wird, gibt es auch keine Anreize, diese Grundstoffe effizienter zu nutzen oder andere Stoffe zu nutzen, die vielleicht etwas teurer, aber dafür CO<sub>2</sub>-freundlicher sind. Zugleich zögern Unternehmen, groß in Innovationen und neue klimafreundlichere Herstellungsprozesse zu investieren, die längerfristig eine große CO<sub>2</sub>-Minderung bewirken, wenn sie nicht sehen, dass die Kunden diese Mehrkosten nachher tragen. Deswegen ist hier sicherlich eine Änderung notwendig.
3. Wie könnte eine Änderung aussehen? Man könnte den Emissionshandel um eine Konsumabgabe ergänzen. Das heißt, wir teilen den Produzenten von CO<sub>2</sub>-intensiven Grundstoffen kostenlose so viele CO<sub>2</sub>-Zertifikate zu, wie sie für eine effiziente Produktion benötigen. Das schafft Anreize für eine effiziente Herstellung und verhindert internationale Wettbewerbsverzerrungen. Zugleich verlangen wir von unseren europäischen End- und Zwischen-

kunden, dass sie beispielsweise für jede Tonne Stahl, die verwendet wird, eine CO<sub>2</sub>-Abgabe entrichten, die den Kosten für CO<sub>2</sub>-Zertifikate bei einer Herstellung mit einer effizienten Technologie entspricht. So werden die Mehrkosten von Klimaabgaben in den Produktpreisen abgebildet, und entlang der gesamten Wertschöpfungskette wissen die Akteure, dass das Produkt teurer wird, wenn sie mehr CO<sub>2</sub>-intensive Grundstoffe verwenden. Sie haben dementsprechend auch die Anreize, die Grundstoffe effizienter zu nutzen oder alternative Stoffe zu verwenden.

4. Das Grundproblem sind die weltweit unterschiedlichen CO<sub>2</sub>-Preise. Welche Entwicklungen gibt es außerhalb Europas? Wir waren sehr überrascht als wir gesehen haben, was in Korea und China im Bereich des Stromsektors gemacht wurde. Dort ist der Strommarkt nicht liberalisiert. Deswegen können die Kohle- und Gaskraftwerke, die vom Emissionshandel dort erfasst sind, die Mehrkosten anders als bei uns in Europa nicht weitergeben. Das Preissignal für die Stromkunden wird wieder hergestellt, indem verlangt wird, dass industrielle und kommerzielle Stromkunden CO<sub>2</sub>-Zertifikate entsprechend ihrer Stromnutzung abgeben.
5. Ließe sich dieser Ansatz auch auf die Herstellung von Grundstoffen in Europa übertragen? In einem Forschungsprojekt mit dem internationalen Netzwerk *Climate Strategies* haben wir sehr detailliert untersucht, wie dieser Ansatz auf den Grundstoffsektor in Europa übertragen werden könnte. Wir waren sehr erfreut zu sehen, dass das sowohl aus juristischer als auch administrativer Sicht möglich ist. Die Idee ist, dass wir den Diskurs aufgeben, welche CO<sub>2</sub>-Mehrkosten die Stahlhersteller mit ihren Produkten direkt an die Kunden weitergeben können. Stattdessen könnten den Herstellern die vollen CO<sub>2</sub>-Zertifikate kostenlos zur Verfügung gestellt werden, wenn parallel dazu von den Kunden eine Konsumabgabe in gleicher Höhe erhoben wird. Im Endeffekt wäre das eine Ergänzung des Emissionshandels für eine Welt mit unterschiedlichen CO<sub>2</sub>-Preisen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden  
Sie auf [www.diw.de/mediathek](http://www.diw.de/mediathek)



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
83. Jahrgang

**Herausgeberinnen und Herausgeber**

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Kati Krähnert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

**Chefredaktion**

Sabine Fiedler  
Dr. Gritje Hartmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

**Redaktion**

Renate Bogdanovic  
Dr. Franziska Bremus  
Sebastian Kollmann  
Dr. Peter Krause  
Marie Kristin Marten  
Ilka Müller  
Miranda Siegel

**Lektorat**

Dr. Jochen Diekmann  
Dr. Malte Rieth

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304  
ISSN 1860-8787 (Online)

**Gestaltung**

Edenspiekermann

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.